

Protokollauszug

aus der

47. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom 14.12.2023

öffentlich

Top 6.2 Sachstand Kita-Auslastung und demographische Entwicklung

Frau Kerstin Elsaßer, Bereichsleiterin Kindertagesbetreuung Bereich 234 der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet, dass die Verwaltung aktuell die Entwicklung in den Planungsräumen und standortbezogen eher als Chance sehe. Die räumliche Standardsetzung, welche für die Erlaubnis des Betriebs von Einrichtungen erforderlich sei, stelle teilweise überholte Mindeststandards dar. Die Entwicklung von unter anderem inklusiver Kindertagesbetreuung mit multiprofessionellen Akteuren brauche zu entwickelnde Rahmenbedingungen. Es sei vorgesehen (Start im Januar 2024) auf planungsräumlicher Ebene standortbezogene Gespräche mit allen Trägern der Kindertagesbetreuungseinrichtungen zu führen. Standortbezogene Besonderheiten, planungsräumliche, sozialräumliche und stadtweite Entwicklungen seien Bestandteil der gemeinsamen Gespräche. Über das methodische Vorgehen, den Teilnehmerkreis und die Folgeschritte muss entschieden werden. Eine regelmäßige Überprüfung und Auswertung der Stichtage im Abgleich mit der Planung sei unerlässlich. Die Bedarfsplanung sei bedarfsgerecht zum schnellstmöglichen Zeitpunkt fortzuschreiben und sofern erforderlich zu korrigieren. Da jedoch voraussichtlich in 2024 nicht mit einer Aktualisierung der Bevölkerungsprognose zu rechnen ist, werden gemeinsam noch im laufenden Jahr mit dem Bereich Statistik und Wahlen 553 Möglichkeiten und nächste Schritte bis zum Vorliegen der neuen Prognose beraten. Im Ergebnis des Abgleichs der Bestandszahlen mit der aktuellen Planung werde auch über Neubauvorhaben und erforderliche Korrekturen zu befinden sein. Darüber hinaus prüfe die Erlaubnisbehörde (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport - MBS) aktuell standortbezogen die für die Betriebserlaubnis relevanten Aspekte in einigen Einrichtungen auf Aktualität. Auch hier könnten sich möglicherweise aufgrund konzeptioneller Entwicklungen Kapazitäten verändern. Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe sei in der gesetzlichen Verantwortung im Benehmen mit den Trägern den Bedarfsplan fortzuschreiben. Die Realisierung des Förderauftrages sowie der §§ 22 und 22a SGB VIII, die Erreichbarkeit, die tatsächliche Inanspruchnahme und das Wunsch- und Wahlrecht seien zu beachten.

Herr Prof. Dr. Hafezi schließt an, dass er die ausreichend vorhandenen Kapazitäten begrüße. Man müsse sich Gedanken machen, wie man das qualitativ in den nächsten Jahren in die richtige Richtung entwickeln könne. Fachlich müsse man sich damit beschäftigen, welche Handlungserfordernis sich unter anderem daraus ergebe. Das MBS schaue sich regelmäßig die Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung an und fordere die Landeshauptstadt Potsdam auf, diese angemessen fortzuschreiben. Basierend auf den Prognosedaten müsse man spätestens in 2025/2026 fortschreiben – auch für den Kitabereich. Hierzu werde man frühestens in 2025 eine Erhebung vorliegen haben. Danach würden belastbare Zahlen vorliegen, woraus man schlussfolgern könne, ob ein Überangebot vorliege und wie es sich räumlich innerhalb der Stadt gestalte.

Auf Nachfrage zur Prognose erläutert Frau Elsaßer, dass dies noch nicht absehbar sei. Man müsse die Tendenz der nächsten Jahre abwarten. Aktuell könne man nur mit Planzahlen aus der

Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung agieren. In 2023 habe man im Krippen- und Kitabereich die Situation einer Nichtauslastung zwischen 1300 und 1500 Plätzen gehabt. Pro Planungsraum seien nicht exorbitant viele freie Plätze zu verzeichnen gewesen.

In der anschließenden Diskussion bittet man darum, sicherzustellen, dass die Mitarbeiter*innen gehalten werden können. Zum Beispiel könne man Standorte mit höheren Belastungen mit dem Überpersonal anderer Einrichtungen ausstatten. Die Verwaltung werde hierzu auf Basis der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung die Bedarfe der freien Träger planungsraumtechnisch eruieren und besprechen.

Der Kita-Elternbeirat bitte um eine Aufstellung der tatsächlich verfügbaren Kitaplätze (mindestens nach Planungsräumen) unter Berücksichtigung nicht belegbarer Plätze durch zum Beispiel Personal- oder Raummangel in der Januarsitzung.

Herr Prof. Dr. Hafezi verabschiedet sich, da er anschließend am Ausschuss für Kultur teilnehmen werde. Er bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die bisherige gemeinsame Zusammenarbeit und wünscht frohe Weihnachten sowie einen guten Start in das neue Jahr 2024.

PAUSE 17:55 – 18:10 Uhr